

Bericht des Amtsdirektors zur Sitzung des Amtsausschusses am 17. November 2020

- Sämtliche der fast 100 Gremien wurden bereits auf den **digitalen Sitzungsdienst** umgestellt, obwohl dieser Abschluss ursprünglich erst im Sommer des nächsten Jahres vorgesehen war. 308 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter sowie bürgerliche Mitglieder der Ausschüsse und deren Stellvertreter stellen sich dieser Umstellung (nur 1 Gemeindevertreter und 1 wählbare Bürgerin sind nicht dabei). 3 Mandatsträger nutzen ihr privates Tablet. Nur noch 5 Tablets müssen verteilt werden. Tonnenweise Papierunterlagen, Versendungsaufwand und Postwege können so eingespart werden. Einige Gemeinden können noch durch die Sicherstellung von leistungsfähigen W-LAN-Zugängen an den Sitzungsorten für zusätzlichen Komfort sorgen.
- Digitalisierung, Mobilität, Klimaschutz und Finanzgrundlagen werden die Querschnittsthemen der Zukunft bleiben. Sie wirken sich auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Lebens aus. Unsere Gemeinden werden sich diesen Themen in ihren Aufgabenbereichen weiterhin stellen müssen und dürfen. Hierbei machen aber häufig nur gemeindeübergreifende Lösungen Sinn. Soweit die genannten Themen nicht auf EU-, Bundes- oder Landesebene geregelt werden, kann dies im öffentlichen Bereich nur in kommunaler Zusammenarbeit sinnvoll erfolgen. Ich freue mich daher, dass mit **Svenja Linscheid** eine engagierte Frau den **Vorsitz der AktivRegion Schlei-Ostsee** übernommen hat. Ihrem Vorgänger, **Hans-Werner Berlau**, gilt mein besonderer Dank für die vielen Jahre, in denen er die AktivRegion vertreten hat.
- Die Gemeindeordnung ermöglicht seit September durch Hauptsatzung zu bestimmen, dass bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder vergleichbaren außergewöhnlichen Notsituationen, die eine Teilnahme der Gemeindevertreterinnen und -vertreter an Sitzungen der Gemeindevertretung erschwert oder verhindert, die notwendigen **Sitzungen** der Gemeindevertretung ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum **als Videokonferenz** durchzuführen. Dabei sind geeignete technische Hilfsmittel einzusetzen, durch die die Sitzung einschließlich der Beratungen und Beschlussfassungen zeitgleich in Bild und Ton an alle Personen mit Teilnahmerechten übertragen werden. Die Öffentlichkeit ist durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einen öffentlich zugänglichen Raum und durch eine Echtzeitübertragung oder eine vergleichbare Einbindung der Öffentlichkeit über Internet herzustellen.

Ich rate derzeit noch davon ab, das Instrument zu nutzen. Zum einen obliegt die Erfüllung der rechtlichen Erfordernisse einer Unsicherheit. Zum anderen sind die technischen Voraussetzungen noch zu definieren und zu lösen. Entsprechende Klärungen erfolgen derzeit landesweit.

- Der Landtag hat das **neue Finanzausgleichsgesetz (FAG)** beschlossen. Das Land gibt erfreulicherweise künftig deutlich mehr Geld in den kommunalen Finanzausgleich. Allerdings wurde die ungerechte Verteilung zwischen den nicht

zentralen Gemeinden und den Zentralorten mindestens beibehalten. So erhalten wenige Zentralorte 50% mehr als alle schleswig-holsteinischen Gemeinden gemeinsam.

Wir werden uns Anfang 2021 mit weiteren Ämtern, die ausschließlich nicht zentrale Orte verwalten, und unserem Rechtsbeistand, Prof. Dr. Matthias Dombert, abstimmen, wie wir mit der Situation umgehen wollen. Vorsorglich wurden 50.000,00 € für eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht im Haushalt 2021 vorgesehen.

- Das **FAG berücksichtigt** künftig auch **Gemeindestraßenlängen**. Die uns vorläufig mitgeteilten Daten können aufgrund örtlicher Kenntnis nicht stimmen. So wurden beispielsweise Hummelfeld nur 1,9 km, Holzdorf nur 3,4 km und Thumbby nur 2,3 km zugeordnet. Sobald die Daten offiziell mitgeteilt werden, müssen wir auch diesbezüglich eine Prüfung vornehmen und ggf. eine Klärung herbeiführen.
- Bund und Land gleichen Corona bedingte **Gewerbesteuerausfälle** zum Großteil (in Schl.-H. 330 Mio. €) aus. Aufgrund der äußerst geringen Gewerbesteuerkraft im Amt Schlei-Ostsee sind sowohl der Ausfall wie dann natürlich auch der Ausgleich vergleichsweise gering. Dennoch sind es gut 1 Mio. €, die unsere Gemeinden erhalten, wobei die Schwankungen erheblich sind. So erhalten Güby und Karby keinen Cent, Barkelsby nur 4,46 € (6.900,55 €) und Rieseby nur 11,71 € je Einwohner (31.535,52 €), während Thumbby 143,57 € (54.842,47 €), Fleckeby 133,63 € (286.239,85 €) und Dörphof 126,45 € je Einwohner (94.837,94 €) erhalten.
- Die Umsetzung der **KiTa-Reform** fordert derzeit alle Beteiligten. Bis Ende des Jahres müssen diverse Regelungen umgesetzt sein. Auch die nächsten Jahre werden noch Anpassungsbedarf offenbaren.
- Den Vertragsentwurf mit den Stadtwerken Eckernförde zur Installation einer **E-Ladesäule** habe ich am 18.08.2020 unterzeichnet. Die Säule wurde zwischenzeitlich auch aufgestellt. Die Inbetriebnahme sollte demnächst erfolgen.
- Die Gemeinde Damp beabsichtigt auf dem Parkplatz der Amtsausßenstelle in Vogelsang-Grünholz ebenfalls eine **Ladesäule** errichten zu lassen.
- In den Amtsgebäuden in Eckernförde und Vogelsang-Grünholz werden in Kürze **Defibrillatoren** installiert.
- Mit dem aktuellen „Teil-Lockdown“ bleibt die Amtsverwaltung mit Terminvereinbarungen geöffnet. Die Erfahrungen sind überwiegend positiv, da die Kunden den Vorteil haben, nicht warten zu müssen. Die Terminvergabe wird jedenfalls bis Ende des Jahres beibehalten. Ansonsten haben wir auf gesonderte **Corona-Regelungen** bzw. entsprechende Dienstanweisungen verzichtet, da die allgemein bestehenden Regelungen nach Ansicht der Dienststelle und des Personalrates ausreichen.